



WIR FORDERN DEN BUNDESRAT AUF:

- ▶ Soforthilfe für Gaza wieder aufzunehmen
- ▶ seinen Verpflichtungen, die sich aus allen Verträgen und Konventionen ergeben, unverzüglich nachzukommen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen
- ▶ Palästina als Staat zu anerkennen
- ▶ Internationale Friedenstruppen zu unterstützen
- ▶ Von Israel das Ende des Siedlungsbaus, Rückzug der israelischen Armee aus den illegal besetzten Gebieten, Syrien und dem Libanon zu fordern
- ▶ Wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Israel zu ergreifen

PRÄAMBEL

Wir setzen uns für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle Menschen in Israel und Palästina ein – unabhängig von ihrer Herkunft, Religion und Nationalität.

Dabei orientieren wir uns an den rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerrecht, dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten ergeben. Dazu gehört auch die Konvention über die Rechte des Kindes, die Genozid Konvention und andere von der Schweiz ratifizierte Verträge.

Daraus leiten wir folgende Forderungen ab:

Wir fordern den Bundesrat auf seinen Verpflichtungen, die sich aus allen Verträgen und Konventionen ergeben, unverzüglich nachzukommen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen.

1. SOFORTHILFE

- Unverzügliche Wiederaufnahme der bisherigen Zahlungen ans UNHRW auch in Gaza und der Westbank.

2. ANERKENNUNG UND GLEICHBERECHTIGUNG

- Anerkennung Palästinas als Staat
- Unterstützung Palästinas bei der Implementierung demokratischer Strukturen

3. BEENDIGUNG DER BESATZUNG UND FÖRDERUNG EINES GERECHTEN FRIEDENS

- Der Bundesrat setzt sich auch international in bilateralen Gesprächen und Abkommen dafür ein, dass sich die Gesprächs- und Handelspartner an Völkerrecht und Menschenrechte halten.
- Er arbeitet mit allen diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln auf ein Ende des Siedlungsbaus hin. Die Siedler und die israelische Armee haben sich aus den illegal besetzten Gebieten zurückziehen. Ebenso aus Syrien und dem Libanon.

- Unterstützung aller politischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die auf eine friedliche Koexistenz, gegenseitige Anerkennung und Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern hinwirken (z. B. Parents for Peace).
- Unterstützung internationaler Friedenstruppen
- Konsequente strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- Konsequente Unterstützung und Zusammenarbeit bei der internationalen Strafverfolgung und Gerichten.
- Visabeschränkungen für Würdenträger*innen und Beamt*innen des Staates Israel.
- Zulassung internationaler Medienschaffender
- Zulassung von internationalen Forensikern und Untersuchungsteams

4. WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE SANKTIONEN

- Sistierung bestehender Abkommen mit Israel im Bereich Wirtschafts- und Finanzdienstleistungen.
- Verbot von Investitionen, die zur Aufrechterhaltung der Besatzung und dem Krieg beitragen, sofern die betroffenen Unternehmen der Schweizer Gerichtsbarkeit unterliegen.
- Unterbindung jeglicher finanzieller Unterstützung für Siedlungen über Schweizer Banken oder andere von der Schweiz aus operierende Finanzinstitute.
- Gezielte Massnahmen gegen Personen, Unternehmen oder Organisationen, die den Krieg und/oder die Besatzung unterstützen oder davon profitieren.
- Visabeschränkungen für Würdenträger*innen und Beamt*innen des Staates Israel.

Arbeitsgemeinschaft (AG)
Mahnwache Palästina

**DIE AG MAHNWACHE PALÄSTINA BRAUCHT SPENDEN
FÜR FLYER, ETC. (VERMERK PALÄSTINA). DANKE!**

CH60 0900 0000 8400 8250 4
Trägerverein
Haus der Solidarität Nord-Süd
8408 Winterthur

ODER VIA TWINT:



Haus Solidarität Nord-Süd

